**Pressemitteilung zur ÖDP-Wahlveranstaltung in Oberviechtach vom 21.08.2013**

**ÖDP Landtagsdirektkandidat Arnold Kimmerl:**

**Familie ist kein Auslaufmodell!**

Dies betonte Arnold Kimmerl, Bürgermeister aus Pfreimd und Landtagsdirektkandidat der ÖDP, bei der gut besuchten Wahlveranstaltung in Oberviechtach, im Gasth. Pösl. Die ÖDP tritt dafür ein, dass die familiäre Betreuung von Kindern, aber auch die familiäre Pflege und Begleitung von behinderten und älteren Menschen durch ein sozialversicherungspflichtiges Familiengehalt von 1000.- Euro pro Monat vergütet wird. „Der Betrag entspricht in etwa der Summe, die der Staat auch mtl. für einen Krippenplatz aufwenden muss. Damit würde den Eltern endlich eine echte Wahlfreiheit ermöglicht. Sie könnten dann selbst entscheiden ob sie ihr Kind in eine Kita geben oder selbst betreuen“, so Kimmerl. Scharf kritisierte er in dabei die „Diffamierungskampagne“ von Rot-Grün, bei der die Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen als „Dümmchen“ am Herd abgestempelt werden, was mit ca. 70% auf einen Großteil der Eltern zutrifft. Beim Thema Bildung bezeichnete Kimmerl die Einführung des R6 und des G8 als krasse Fehlentscheidungen der CSU. Schulische Bildung darf nicht einseitig im Dienst der wirtschaftlichen Verwertung und unter dem Diktat der Beschleunigung stehen. Schule muss ein Ort der Ermutigung und Förderung sein. Deshalb fordert die ÖDP, wie in den nordischen Ländern üblich, eine zweite Kraft für Bayerns Grundschulen. Dies kann z. B. ein Lehramtsstudent sein. Damit wäre dann eine individuelle Förderung aller Kinder und die Inklusion von Kindern mit Behinderung möglich. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Rede war die Energiewende. Kimmerl: „Sie wurde zwar von Schwarz-Gelb vollmundig angekündigt, wird aber dilettantisch umgesetzt und wird mit der Forderung der CSU, die Abstandsflächen von Windrädern zur nächsten Wohnbebauung auf bis zum 2km zu erhöhen, gegen die Wand gefahren. Wir brauchen keine Windparks auf hoher See, deren Strom wir dann mit neuen Überlandleitungen quer durch Deutschland transportieren müssen, sondern eine dezentrale Energieversorgung vor Ort“. Der richtige Weg ist für ihn die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften wie der BEMO, deren ehrenamtlicher Aufsichtsratsvorsitzender Kimmerl ist. Damit bleibt die Wertschöpfung in der Region und wandert nicht in die Taschen der Konzerne oder ins Ausland, so der Redner. Um den Strompreis zu senken, sprach sich der Kandidat für eine Überprüfung der Befreiung von der Ökostromumlage für diverse Unternehmen aus. Nur Betriebe die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen dürften davon profitieren.

**ÖDP-Bezirkstagsdirektkandidat Martin Prey:**

**Bezirke stärken, statt eines neuen „Heimatministeriums“!**

Für den Biobauern u. Gemeinderat aus Niedermurrach ist die Forderung von Seehofer eine Heimatministerium zu schaffen der falsche Weg um den ländlichen Raum zu stärken. Sinnvoller wäre es für ihn, dass die Kompetenzen der Bezirke gestärkt werden. „Beispielsweise könnte die Organisation eines landkreisübergreifenden ÖPNV auf die Bezirke verlagert und auch die völlig intransparenten regionalen Planungsverbände aufgelöst und ihre Kompetenzen den Bezirken übertragen werden. „Ein so gestärkter Bezirkstag könnte sich dann wirkungsvoll zu Wort melden und wäre ein echter Anwalt der Oberpfalz anstatt neue Bürokratien zu schaffen“, so Prey.

**ÖDP-Bundestagsdirektkandidat Wolfgang Meischner:**

**Arbeit und Wohnen bezahlbar machen!**

Die Marktwirtschaft ökologisch und sozial auszurichten forderte der Landratsamtsbeamte aus Schwandorf. “ Dies bedeutet neue Arbeitsmöglichkeiten zu entwickeln und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Der Wirtschaftsfaktor Arbeit wird durch das heutige System zum Lastesel gemacht, während die Faktoren Kapital u. Energie bevorzugt werden. Wir treten deshalb dafür ein, Arbeitnehmer u. Arbeitgeber aufkommensneutral bei den Lohnnebenkosten zu entlasten“, so Meischner. Außerdem fordert die ÖDP einen Mindestlohn von 11 Euro die Stunde und eine stärkere Besteuerung der Großverdiener. Die Mieten in den Großstädten müssen bezahlbar bleiben und sind vor überhöhten Preissteigerungen zu schützen, sagte er. Ein weiteres Anliegen von Meischner ist die Sicherung der Demokratie. Volksbegehren sollen auch auf Bundesebene ermöglicht werden. Meischner: „Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sind für uns wichtige demokratische Instrumente und helfen gegen die Politikerverdrossenheit“. Um Schaden von der Demokratie abzuwenden fordert die ÖDP ein Konzernspendenverbot. Sie ist der Meinung, dass der Lobbyismus mächtiger Verbände und die riesigen Parteispenden großer Konzerne die Demokratie gefährden.